

Baubeschluss für Projekt Hildastraße 27

16 barrierefreie Wohnungen werden realisiert – Geplanter Bezug Ende 2016

Waldkirch (db). Im Rahmen der jüngsten VA-Sitzung im GSG Waldkirch wurde einstimmig der Bau von 16 barrierefreien Wohnungen in der Hildastraße 27 (2. Bauabschnitt, drittes Haus) beschlossen. Sie sollen Ende 2016 bezugsfertig sein.

Martha König (Leiterin der Wohnwirtschaft) und Architekt Thomas Schindler stellten dieses ambitionierte Projekt in Kollnau vor und verwiesen auf die günstigen Finanzierungsbedingungen. Es sei vorgesehen, die 16 Wohnungen nach dem Landeswohnraumförderprogramm zu finanzieren. Dazu sei für die Stadt lediglich ein Eigenanteil von 25 Prozent einzusetzen.

Der Rat entschied sich ergänzend zum Grundsatzbeschluss, zwei der 16 Wohnungen infolge der gegenwärtigen Nachfrage frei zu vermarkten. Die übrigen 14 Wohnungen sollen demnach über die öffentliche Förderung als günstiger Wohnraum für Berechtigte (Wohnberechtigungsschein) realisiert werden. Alle Wohnungen werden barrierefrei sein, einige Einheiten sogar rollstuhlgerecht. König berichtete von Herstellungskosten von rund 3,1 Millionen Euro, einem

angesetzten Quadratmeterpreis von 5,40 Euro für die geförderten Wohnungen sowie einem erwarteten Überschuss im Zuge der Wirtschaftlichkeitsberechnung von 8.690 Euro. Nach dem Abbruch im Juni strebe man einen Baubeginn Mitte September 2015 an, so Schindler.

Die Fertigstellung des Bauvorhabens erwartet er für Ende 2016. Beim ersten Bauabschnitt sei man alles in allem fast im Kosten- und Zeitrahmen geblieben. Josef Rothmund (DOL) bedauerte in diesem Zusammenhang, dass die angedachte Realisierung des Demenz-Wohnprojektes von „Wi-WalDi“ (Wohnen in Waldkirch mit Demenz) letztendlich nicht zustande kam. Er würdigte das große Engagement aller Beteiligten zur Schärfung des Bewusstseins für dieses wichtige Zukunftsthema und kritisierte hier die geltende Gesetzgebung, die aus seiner Sicht zur Verhinderung dieses Projekts geführt habe.

OB Richard Leibinger widersprach seinen Ausführungen und verwies hier auf die hohen Kosten, das immense Risiko und die Einhaltung der geforderten Qualitätsstandards, welche von den Verantwortlichen eines solchen Wohnprojekts für

Menschen mit Demenz als große Herausforderung vom Gesetzgeber abverlangt werden. Hier votierte er für eine professionelle und passgenaue Lösung im Sinne der Bewohner und Angehörigen.

Martha König unterrichtete das Gremium zudem turnusmäßig über die gegenwärtige Finanzlage der Wohnwirtschaft zum Ende des ersten Quartals 2015 bei einem erwarteten Jahresgewinn von 272.000 Euro und geplanten Umsatzerlösen von 3.712.000 Euro. Die Zahlen bewegen sich gegenwärtig „voll im Plan“ und so billigte der Rat die Planung.

Der Vertreter der Stadt, Manfred Schüssele, wurde einstimmig beauftragt, bei der anstehenden Gesellschafterversammlung der Breisgauer Wein GmbH der Entlastung der Geschäftsführung und des Verwaltungsrates zuzustimmen. Waldkirchs Datenschutzbeauftragte Carola Schliemann informierte den Ausschuss über ihre vielfältigen Aufgaben und die Tätigkeiten im Jahre 2014.

Abschließend gab OB Leibinger die Neuschaffung eines Kombitickets (12,50 Euro) für die Benutzung der Attraktivitäten innerhalb der Naturerlebnislandschaft am Stadtrainsee be-

kannt. Mit diesem neuen Ticket könne man alle Einrichtungen (u.a. Schwarzwaldzoo, Riesenrutsche, Baumkronenweg, Minigolf) jeweils einmal und ohne befristete Gültigkeit benutzen.

Kontrovers und hitzig diskutierten Josef Rothmund und OB Leibinger abschließend über das Dauerthema „Baumfällaktionen in der Stadt“. Sichtlich genervt ging Leibinger auf die gegenwärtigen Leserbriefe in der BZ ein und verwies auf die Haftungsverantwortung der Stadt in diesem Zusammenhang. Er erwähnte zahlreiche Gerichtsurteile und Gutachten und verteidigte diese Fällungen mit Nachdruck.

Auch Fachbereichsleiter Detlev Kulse bekräftigte die Notwendigkeit der kürzlichen Fällaktionen. Die gefällteten Bäume im Stadtgebiet seien allesamt marode, stark geschädigt und nicht mehr standsicher gewesen. Auch wurde über aktuelle Baustellen im Stadtgebiet debattiert und die daraus resultierende Beeinträchtigung des Handels erwähnt.

Kulse und Leibinger wiesen kritisch auf die veränderten Geschäftsbedingungen im Bereich der Tiefbaubranche hin.